

Normen und Standards entwickelt werden können. Der Vorschlag der EU-Kommission, einen transatlantischen Trade and Technology Council einzurichten, wird hierbei von vielen begrüßt.

Beim Thema Digitalsteuern erscheint eine kooperative Lösung im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wünschenswert; auch die US-Seite dürfte daran trotz aller widersprüchlichen Signale im letzten Jahr ein Interesse haben, um nationale oder europäische Digitalsteuern, die in erster Linie auf große US-Unternehmen abzielen, zu vermeiden.

Ein weiterer künftiger Schwerpunkt sind Themen der Digitalisierung wie z. B. die Plattformregulierung und der Schutz der Privatsphäre.

REGULIERUNG DER MARKTMACHT VON TECHNOLOGIEKONZERNEN IM FOKUS

So ist die Frage nach der Regulierung der Marktmacht von großen Technologiekonzernen (auch „Big Tech“ genannt) in jüngster Zeit auf beiden Seiten des Atlantiks in den politischen Fokus gerückt. Die EU-Kommission hat mit ihren Vorschlägen für eine Verordnung über digitale Märkte und eine Verordnung über digitale Dienste bereits Ende 2020 konkrete Entwürfe vorgelegt, um den fairen Zugang zu digitalen Märkten sicherzustellen und besser zu gestalten. Gleichzeitig nimmt in den USA die Zahl derer zu, die eine Beschränkung der Macht der digitalen Konzerne fordern, wie unlängst im Untersuchungsbericht aus dem Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses zum Wettbewerb in digitalen Märkten deutlich wurde.

FAIRE SPIELREGELN MIT CHINA UND REFORM DER WELTHANDELSORGANISATION (WTO)

Ein gewichtiges Thema bleibt jedoch der Umgang mit China. Das jüngst von China und 14 weiteren Vertragspartnern unterzeichnete regionale Handelsabkommen „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP), deren Partner für rund 30 % des globalen BIP stehen, macht trotz geringer Regelungstiefe deutlich, dass sich die globalen handelspolitischen Gewichte weiter Richtung Asien-Pazifik verschieben.

WORTMELDUNG

„BUILD BACK BETTER“ DIE WIRTSCHAFTSAGENDA VON US-PRÄSIDENT BIDEN

Mit seinem Programm „Build Back Better“ hat Präsident Joe Biden einen klaren Fokus auf innenpolitische Herausforderungen und die Überwindung der Corona-Krise gelegt. Der Plan enthält Maßnahmen im Umfang von insgesamt 700 Milliarden US-Dollar: 400 Milliarden, um die Nachfrage nach heimischen Produkten durch öffentliche Ausgaben anzukurbeln, und 300 Milliarden für Forschung und Entwicklung.

Übergeordnetes Ziel ist die Schaffung von drei Millionen Arbeitsplätzen, vor allem im Energie- und Umweltbereich. Eine Million neue Jobs sollen im Bereich alternativer Antriebstechniken entstehen. Ferner plant Biden, Amerikas Infrastruktur zu modernisieren. Bereits in seinem ersten Amtsjahr sollen 50 Milliarden US-Dollar für die Instandsetzung von Brücken und Straßen ausgegeben werden. Für den Breitbandausbau werden 20 Milliarden US-Dollar eingeplant sowie 5 Milliarden US-Dollar zur Förderung der Batterietechnologie im Fahrzeugbau. Um seine Vorhaben umsetzen zu können, soll u. a. der Unternehmenssteuersatz von 21 % auf 28 % erhöht werden.

Präsident Biden setzt zudem auf mehr Unabhängigkeit von globalen Lieferketten und will einheimische Märkte mit Buy American-Vorschriften stärken. Aufträge der US-Regierung sollen in erster Linie an US-Firmen gehen. Hierunter fallen auch deutsche US-Niederlassungen; in keinem anderen Land der Welt haben deutsche Unternehmen so viel investiert. US-Unternehmen sollen mit steuerlichen Maßnahmen abgehalten werden, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Ausländische Investoren in den USA können demgegenüber mit Steuererleichterungen rechnen.

Beim Thema Handel hat sich der neue US-Präsident für höhere Umwelt- und Arbeitsschutzstandards ausgesprochen. Bestehende Zölle sollen kritisch geprüft werden. Bezüglich China will die US-Regierung mit Bündnispartnern enger zusammenarbeiten, um gemeinsame Strategien zu entwickeln. Für die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen ergeben sich insgesamt neue Perspektiven. —



DR. CHRISTOPH SCHEMIONEK
Delegierter der deutschen Wirtschaft
in Washington, D.C.